

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Petitzeile 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 70 Pfg. Total bei Platzvorrat 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 77 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr. Postkontonr. Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Schwere Kämpfe in Oberschlesien.

Die Lage in Oberschlesien ist nach wie vor bitterernst. Die militärische Katastrophensituation der direkt hochverräterisch wirkenden Kreise um Hörsing und Konsorten hat nunmehr die Entente auf den Plan gerufen. Schon gestern brachten wir eine Meldung über die Auffassung leitender Entente-Kreise, die in der ober-schlesischen Bewegung den „Erfolg“ preußischer Schar-nacher (wörtlicher Ausdruck der offiziellen Agence Havas) erblicken. Die Entente will nunmehr Oberschlesien früher als beabsichtigt besetzen lassen. Damit ist das Schicksal des wichtigen Kohlen- und Industriegebiets besiegelt. Deutschland, das es dringender denn je benötigt, wird es höchstwahrscheinlich verlieren. Das Abstimmungsresultat kann nicht mehr zweifelhaft sein, wenn man vernimmt, daß das ober-schlesische Proletariat, die Hauptmasse der Bevölkerung, auf die Schreckens- und Blutherrschaft des Moskowitators Hörsing trotzig im Ausstand verharret.

Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Verstärkung der polnischen Kämpfer.

Berlin, 20. August. M. Z. B. meldet offiziell: An Oberschlesien hat sich die Lage dadurch erheblich zugespitzt, daß die bisher gegen die Grenzschutztruppen operierenden Banden stark in Bezug von Waffen der polnischen Armee erhalten haben und nunmehr in größerer Zahl zu den Kampfhandlungen übergegangen sind. Die polnische Armee hat nunmehr die polnischen Grenzschutztruppen bisher nur unzureichende Maßnahmen getroffen haben, um zu verhindern, daß die kritische Lage in Oberschlesien noch weiter verschärft wird.

Breslau, 21. August. (Z. W.) In Kobritz bei Beuthen kam es zu einem schweren Gefecht zwischen Reichswehrtruppen und bewaffneten Banden, wobei die Reichswehrtruppen die Oberhand besetzten. Sie verloren etwa 10 Tote. Die Zahl der bei den Aufständischen Gefallenen wird auf 70 geschätzt.

Ein großer Angriff fand ebenfalls statt in und um Laurahütte, aber auch hier gelang es den Reichswehrtruppen, Herr der Lage zu werden. Laurahütte ist in ihrer Hand. In den gestrigen Morgenstunden war der eigentliche Grenzschutz Katowitz-Mysłowitz stark gefährdet.

Neuere Nachrichten besagen: Die Reichswehrtruppen befinden sich auf dem Vormarsch nach der Grenze. Die vollständige Zünderung des ganzen Bezirks wird wahrscheinlich noch einige Tage in Anspruch nehmen, da bei dem Charakter des Bandenkrieges noch zahlreiche Insurgenteneister ausgehoben werden müssen. Es muß auch damit gerechnet werden, daß Uebererregungen einsetzen können, um so mehr, als von einigen Stellen der Grenze Truppenansammlungen gemeldet worden sind und daß die Aufständischen Zulauf von Banden aus Kon-greepolen erhalten können.

Die Polen behaupten sich.

Bürgerliche Blätter melden noch vom Mittwochabend: Der von Katowitz herbeiziehende Bahn Katowitz-Mysłowitz angelegte Gegenstoß der Reichswehr-Truppen hat zu einem vollen Erfolg noch nicht geführt. (1) Noch immer sind die Stützpunkte der Polen hart umkämpft. In der Stadt Laurahütte kam es in der Nacht zum Mittwoch zu einem Putsch, der aber rasch unterdrückt wurde. Er war das Signal zum Ueberkreuzen der Grenze durch die polnischen Banden, die auf Laurahütte vorrückten. Sie wurden aber in scharfem Feuergefecht abgewiesen.

Amliche Schlachberichte.

Am 21. August. (Z. W.) Amlich wird gemeldet: An allen Ecken des Kreises toben Bandenkämpfe. Um 7 Uhr abends bewegten sich Banden aus Raubden und Selberdorf gegen Amlich. Sie wurden überall zurückgeschlagen; ihre Verluste sind beträchtlich. Bemerkenswert sind Zusammenrottungen in und um Ober-Schwirlau, wofür nachts ein Zugszug abgegangen ist. Das Militär ist Herr der Lage. Mehrere Tote und Verwundete waren auch in vergangener Nacht zu beklagen.

M. Z. B. meldet: Die gestern morgen von neuem eingeleiteten Kämpfe um Amlich, Pogulisch, Mysłowitz und Wschlau haben vollen Erfolg gehabt. Gegen Mittag begannen die Insurgenten auf der ganzen Linie zu weichen. Gegen 4 Uhr stand unser rechter Flügel vor Mysłowitz. Die Mitte hat Schoppitz und Kobzin genommen. Die Grenze zwischen Laurahütte und Mysłowitz ist gestern abend von unsern Truppen besetzt worden. Auch die in Mysłowitz von den Aufständigen eingeschlossene Abteilung, der schon Munition und Verpflegung ausging, ist aus ihrer unangenehmen Lage befreit worden. Für die Sicherheit der Stadt Katowitz ist endgültig Gewähr geleistet.

Die Standrechtsmorde gehen los.

In Beuthen kam es um die Mittagsstunden zwischen 11 und 12 Uhr zu neuen Zusammenstößen. Vor dem Stadttheater hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, aus der plötzlich Schüsse fielen. (2) Die heranrückenden Reichswehrtruppen suchten die Menschenmassen zu zerstreuen. Es kam zu einer toten Schießerei, bei der es auf beiden Seiten Verluste gab. Die Reichswehr behauptete zwei Mann ein, während die Aufständischen 15 Tote zu verzeichnen

hatten. In die Gleiwitzer Garnison sind 30 Personen eingeliefert worden, die als Missethäter an den Vorgängen der letzten Tage in Betracht kommen. Morgen vormittag tritt das Standgericht zusammen, um sie abzuurteilen. Nach den bestehenden verschärften Bedingungen dürften sie erschossen werden.

Der Streik geht weiter!

Bürgerliche Blätter melden: Die Streiklage hat sich im wesentlichen noch nicht gebessert.

Das Interesse der Entente.

Paris, 21. August. Die Friedenskonferenz hat ein Telegramm von dem Agenten der Alliierten in Schlesien erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß infolge politischer Streitigkeiten Kohlenbergwerke in Schlesien zerstört worden seien. Es sei beschlossen worden, Vertreter dorthin zu entsenden, die über die Lage Bericht erstatten sollen.

Die Entente verhandelt mit den Arbeitern.

Paris, 20. August. (Havas.) Die Blätter melden, daß ansehnlich der unklaren Lage in Oberschlesien der Oberste Rat der Verbündeten den militärischen Führern Anweisung erteilt hat, in diesem Bande Ordnung zu halten. Es ist anzuweisen, daß die Besetzung beherrschend wird. General Duppont wurde beauftragt, über die Entsendung der erforderlichen Truppen und die Möglichkeit eines Einvernehmens mit den Arbeitern Bericht zu erstatten.

Die Entente sucht also vernünftigerweise eine friedliche Verständigung mit den ober-schlesischen Bergleuten. Die Forderungen jedoch halten ihnen die Handgranaten vor die Brust.

Die Polen wollen nicht weiter verhandeln!

Berlin, 20. August. Zu Beginn der Sitzung der deutsch-polnischen Kommission erklärte der Vorsitzende der polnischen Ordnung Unterstaatssekretär Dr. v. Problewski, daß die polnischen Vertreter angesichts der Vorgänge in Oberschlesien es für angezogen hielten, die Verhandlungen abzubrechen, da diese eine friedliche Atmosphäre erforderten. Solange die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben seien, müßten die Sitzungen bis auf weiteres vertagt werden.

Nach neueren Meldungen sollen die Verhandlungen auf Bitten der deutschen Regierung wieder am heutigen Donnerstag aufgenommen werden. Herr Noske und Müller werden höchstpersönlich teilnehmen. Wenn das nicht hilft...

Noskemethode in Thorn.

„Verschärfter Belagerungszustand“.

Thorn, 21. August. (Z. W.) Infolge der hier vorgekommenen Unruhen und Plünderungen hat der Gouverneur den Belagerungszustand über das Festungsgebiet Thorn verschärft. Bisher wurden 50 Personen verhaftet. (1)

Der Zusammenbruch.

Bahnlegung des Eisenbahnverkehrs.

Dresden, 20. August. Zwischen der sächsischen, preussischen und bayerischen Regierung sind zur Zeit Verhandlungen im Gange über eine weitere erhebliche Einschränkung in den Eisenbahnfahrplänen. Nach Lage der Dinge muß mit einer solchen Einschränkung für die nächsten Wochen ganz bestimmt gerechnet werden.

Berlin, 20. August. Mit Rücksicht auf die Kohlenversorgung der Industrie und die Bevölkerung muß vom 1. Oktober an die preussische Staatsbahnverwaltung Eingriffe in die Verkehrspläne vornehmen, wie sie bisher ohne Beispiel sind. Die Eisenbahnverwaltung wird voraussichtlich vom 1. Okt. an alle D-Rüge fortlassen lassen, nur 25 Prozent des Friedensfahrplans der Personenzüge lassen und die Zahl der Güterzüge beträchtlich einschränken. Besonders ist sogar mit einem zeitweiligen Einstellen gewisser Linien zu rechnen oder mit höchstens einem Zug täglich. Der Kesselfeuerungszwang wird eine natürliche Folge dieser Entscheidung sein. Scheitert und beleuchtete Tage werden in diesem Winter nicht verkehren. Zeit steht außerdem, daß die Tarifserhöhung in möglichst kurzer Frist, voraussichtlich schon am 1. Oktober, durchgeführt werden wird.

Frankfurt, 20. August. Zwischen Baden, Württemberg, Bayern und andern Verwaltungen schweben augenblicklich Verhandlungen über eine vollständige Einstellung des Sonntagspostverkehrs wegen außerordentlicher Kohlenknappheit. Schnell- und Personenzüge sollen ohne jede Ausnahme eingestellt werden, und nur noch Milch- und Lebensmittelszüge fahren.

Reuchlerische Entrüstung.

Die Sozialistische Korrespondenz vent sich über eine angeblich „kommunistische Morbidität“ auf, die in Berlin sich angepielt hat. Ein gewisser Blau, dessen Leiche vor einigen Tagen mit verhäuterten Beinen im Landwehrkanal angeschwemmt wurde, war angeblich am 1. August in eine geheime Versammlung der Berliner Kommunisten gegangen, die unter dem Deckmantel „Vertrieb Vichtenstein“ in der Aula des Friedrich-Healysgymnasiums getagt haben soll. Dort wurde er angeblich als entlarvter Spion einem strengen Verhör unterworfen, „zum Tode“ verurteilt, zum nächsten Frühstück geführt und dort verschüttet ins Wasser geworfen und ertränkt. Blau soll der bayerischen Regierung in München Spionendienste gegen die Kommunisten geleistet haben.

Die Sozialistische Korrespondenz nimmt diese durchaus noch nicht geklärten Vorgänge ohne weiteres für wahr. Dunkel herrscht darüber, ob nicht ein Streit auf der Straße, wie es bürgerliche Pressestimmen für wahrscheinlich als das Fernsicht hatten, die Ursache für die schreckliche Morbidität war. Das reinerungssozialistische Unternehmen knüpft an die noch unerwiesenen, mysteriösen Vorgänge demagogische Betrachtungen, deren Eifer die wahre Macht der amtlichen Behauptungen in ihrer politischen Unzulänglichkeit und übrige Berühmtheiten gegen die Sozialisten erkennen lassen.

Die Korrespondenz Heilmanns ist nach bekannter Manier klug dabei, die Morde (einer genügt nicht, es werden gleich Dutzende „spartakistische Lynchmorde“ konstruiert) einer bestimmten Partei an die Nachwelt zu hängen. Es war früher denn berüchtigten, seit der Noskeherrschafft sich mit Recht überflüssig fühlenden Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vorbehalten; verbrecherische Ausschüsse einzelner einer Gesamtbewegung über Partei anzutreiben. Herr Heilmanns Regierungsmodes denken diese Schablonen zur Verunglimpfung der ihnen auf die Finger klopfenden Parteien. Wohin soll es führen, wenn man jeden Zufallsverderb, Zufälle, Sabotagen und Unfälle als das Produkt einer bestimmten Partei stampeln wollte. Eine derartige maßlose, unehrliche parteipolitische Polemik würde sich bitter rächen und geradezu die Methoden verewigen, gegen die sich die Sozialistische Korrespondenz heuchlerisch entrüstet.

Wer hat denn die Morde Methoden in der deutschen Politik eingeführt und läßt sie dauern weiter wüten, ohne daß es der Sozial. Kor. eingestehen wäre, diese Schandpolitik der Revolver, Maschinen-gewehre, des Standrechts, der gemeinsamen Demunzation zu verurteilen? Waren es nicht die Kreise, die Herrn Heilmann als Vordredner heiliger Regierungsmethoden bestellten? Vergessen bemerkt hat das Oberste Präsidium, das bewusste Umwahrheiten über Chemnitz zum Zweck der Aufspaltung gegen die sozialistische Linke verbreitet, den Nachweis zu erbringen, daß die Kommunisten die ersten Gewalttaten begangen, die Artillerie (!) im Straßenkampf verwendet hätten usw. und daß die heilige Regierung in Notwehr handle (!) Aus Notwehr ließ also die Regierung Anfang Dezember in Berlin auf Verdacht unbewaffnete Angewandte anschauen.

Aus Notwehr wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet, aus Notwehr wurden die 24 Matrosen erschossen und ungezählte Standrechte wurden vorgenommen,

aus Notwehr läßt Herr Noske seine vertieren Mördercharaktere wieder Amokläufe durch alle deutschen Gemeinden ausführen, aus Notwehr wird ein monarchistisches Postpöbelgesinde von der Regierung auf Kosten der Steuerzahler ausgeschickt, aus Notwehr unterdrückt das Oberste Präsidium das Ministerium jede Klage des verzweifeltsten Proletariats, der sozialistischen Korruptionstrickschäft und damit ihren nunmehrigen Schülern ein Ende zu setzen.

Diese „Notwehr“ kennen die Arbeitermassen in der Tat zur Genüge. Wohin die wahnsinnige Politik der Regierung führt, das zeigt der, in seinen Folgen gar nicht abzusehende Verlust von Oberschlesien.

Die Sozialistische Korrespondenz verteidigt eine verfluchte faule Sache. Die Ereignisse lehren es anders, als die offiziellen Schmutzblätter es weldmachen wollen. Und deshalb wollen wir über folgende Stoffe, deren plumper Zweck in der Aufspaltung des Spießbürgertums zum Geldhaben einerseits und in der Aufspaltung der Noskeverbrecher zu Morbdaten andererseits besteht, mit einer Geste der Verachtung für schmierige Kreaturen hinweggehen. Erfrecht sich doch die offizielle Presseklasse zu folgender Demagogie:

Der Fall Eichhorn (!) ist der Beginn dieser großartig organisierten Verbrecher- und Morbidität, der Nord an Blau ist ein